

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

32. Session des Wirtschaftsund Sozialrates

Der amerikanische Unterstaatssekretär für internationale Organisationen, *Harlan Cleveland*, erklärte vor dem Ausschuß für technische Hilfe, daß die Vereinten Nationen, im Gegensatz zu oft gehörten Vorwürfen, viel mehr sind als nur eine internationale Gesellschaft für akademische Diskussionen. Man könne sagen, „daß die Vereinten Nationen die Handlungsfähigkeit erlangt haben, um sowohl den Frieden und die Sicherheit zu ge-

währleisten als auch die Wohlfahrt der Menschheit zu fördern“.

Diese kategorische Feststellung zeugt zumindest von der Absicht der amerikanischen Regierung, die Weltorganisation in jeder Weise zu stärken und zu unterstützen. Ob diese jedoch heute schon über die nötigen Mittel verfügt, um die ihr aufgetragenen hohen Ziele zu erreichen, ist allerdings sehr fraglich. Es scheint auch, daß zwischen den guten Vorsätzen, wie sie Cleveland zum Ausdruck brachte, und der Wirklichkeit doch noch eine beträchtliche Kluft besteht, für die nicht allein die systematische Obstruktion *Chruschtschows* verantwortlich gemacht werden kann.

Die Analyse der Debatten und Beschlüsse der 32. Session des Wirtschafts- und Sozialrates zeigt jedoch, daß die internationale Zusammenarbeit Schritt um Schritt weiter ausge-

baut wird. Als treibende Kraft treten dabei immer deutlicher die aufstrebenden Staaten auf den Plan, für welche eine handlungsfähige Weltorganisation eine Existenzfrage ist.

Man würde der Rolle der Vereinten Nationen nicht gerecht, wollte man sich darauf beschränken, ihre formellen Beschlüsse zum alleinigen Maßstab ihrer Wirksamkeit zu nehmen, denn zu Entscheidungen kann es ja auch im besten Fall erst dann kommen, wenn der Prozeß der Meinungsbildung genügend weit fortgeschritten ist. Dabei ist — abgesehen von den bekannten weltpolitischen Gegensätzen — nicht nur der Widerstand konservativer Regierungen zu überwinden, sondern bei grundlegenden Problemen auch derjenige der mindestens so konservativen Parlamente, ganz zu schweigen von der „öffentlichen Meinung“, die nur sehr mangelhaft darauf vorbereitet ist, die Dinge in ihrem weltweiten Zusammenhang zu sehen und zu verstehen. In diesem Vorbereitungsstadium, das Jahre dauern kann, treten die Vorzüge einer internationalen Behörde, die nicht den Weisungen einer einzelnen Regierung unterstellt ist, besonders eindrücklich in Erscheinung. Die von erstklassigen Fachleuten ausgearbeiteten Berichte, Untersuchungen und Vorschläge bilden nicht nur die unerläßliche Grundlage zukünftiger Beschlüsse, sondern sie üben auch einen direkten Einfluß auf die Politik der Regierungen und auf die öffentliche Meinung aus.

Noch sind die Regierungen zwar nicht bereit, gemeinsam verbindliche Richtlinien für die Leitung der Weltwirtschaft zu formulieren. Aber die Arbeiten im Schöße der Vereinten Nationen haben wenigstens die Einsicht gefördert, daß die wirtschaftlichen Probleme nicht mehr im nationalen oder regionalen Rahmen gelöst werden können. Das wirtschaftliche Geschehen ist universal und kann deshalb nur im Weltmaßstab zweckmäßig und zum Nutzen aller Länder beeinflußt werden. Mehr und mehr sehen sich die Regierungen veranlaßt, bei der Festlegung ihrer nationalen Wirtschaftspolitik auf die universalen Zusammenhänge und Abhängigkeiten Rücksicht zu nehmen.

Dag Hammarskjöld kennzeichnete im Wirtschafts- und Sozialrat die eingetretene Wandlung treffend, als er sagte, man müsse von der Tatsache tief beeindruckt sein, „daß wir alle es heute natürlich finden, daß die internationale Gemeinschaft weitreichendste Verantwortungen für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Menschheit in der ganzen Welt trägt; Verantwortungen, die vor nur einer Generation völlig unmöglich gewesen wären ... Es genügt, einen Augenblick über einige Axiome nachzudenken, die in der soeben abgeschlossenen Debatte implizite an-

genommen wurden, um zu sehen, wie tief die Revolution geht, die sich in unserem Denken vollzogen hat. Um bei sehr allgemeinen Betrachtungen zu bleiben, möchte ich sagen, daß die Revolution darin besteht, die Existenz einer Weltgemeinschaft, für welche alle Länder gemeinsam die Verantwortung tragen, als grundlegende Forderung anzuerkennen“.

Im Vordergrund aller Bemühungen steht natürlich die Notwendigkeit, den Abstand zwischen den wirtschaftlich rückständigen und den industrialisierten Ländern zu verringern. Von größter grundsätzlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnis, daß Hilfsmaßnahmen finanzieller und technischer Art allein nicht ausreichen, um den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß in den aufstrebenden Ländern in ausreichendem Maße in Gang zu bringen. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß sich die Entwicklungsprobleme, mit denen man sich ja erst seit etwas mehr als zehn Jahren zu beschäftigen begonnen hat, nur im größeren Rahmen einer ständigen weltwirtschaftlichen Expansion lösen lassen. Die Entwicklungsförderung darf deshalb nicht länger nur als technisches, finanzielles oder erzieherisches Problem isoliert behandelt werden, sondern sie ist als integrierender Bestandteil des weltwirtschaftlichen Mechanismus zu sehen.

Jahrelange, geduldige Anstrengungen, die fortgesetzt werden, führten zu einer gewissen Stabilisierung einiger Rohstoffpreise, von denen bekanntlich die Finanzlage der Entwicklungsländer weitgehend abhängt. Aber noch bevor es gelungen ist, auf diesem Sektor eine wirklich befriedigende Lösung zu finden, entdeckte man, daß die handelspolitischen Probleme für die wirtschaftliche Entwicklung noch viel bedeutsamer sind.

Der Einfuhrbedarf der Entwicklungsländer wird — nach einer Untersuchung der UN-Wirtschaftskommission für Europa (als deutsche Kurzfassung unter dem Titel „Europa und der Handel mit den Entwicklungsländern“ erschienen im Verlag *August Lutzeyer*, Baden-Baden) — in den kommenden zwei Jahrzehnten auf das Dreifache steigen. Das bedeutet, daß die Entwicklungsländer gleichzeitig den Export ihrer Rohstoffe und industriellen Erzeugnisse im gleichen Ausmaß steigern müssen, um ihren Einfuhrbedarf finanzieren zu können. Die Industrieländer sehen sich folglich vor die Forderung gestellt, ihre Märkte den Erzeugnissen der aufstrebenden Staaten vermehrt zu öffnen, was tiefgreifende und nicht unbedingt populäre Wandlungen in der industriellen Struktur der Industriestaaten bedingt.

Niemand wird bestreiten, daß diese Aspekte die „Hilfe an die Entwicklungsländer“, wie sie bis heute landläufig aufgefaßt wurde, in einem etwas anderen Lichte erscheinen las-

sen. Entwicklungsförderung setzt nicht nur in fernen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens grundlegende Reformen voraus, sondern auch bei uns!

Eine sehr wertvolle Bereicherung der Debatten des Wirtschafts- und Sozialrates ist auch der jüngsten Untersuchung über „Die soziale Lage in der Welt“ zu verdanken. Sie analysiert den Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und kommt zum Schluß, daß der wirtschaftliche Wachstumsprozeß eines Landes eine Funktion wirtschaftlicher und sozialer Faktoren ist, die nicht voneinander getrennt werden dürfen, auch wenn es außerordentlich schwierig ist, eine allgemein gültige Definition einer „ausgeglichenen“ Entwicklungspolitik zu geben. Sicher ist, daß geeignete sozialpolitische Maßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen können und deshalb nicht, wie es zu häufig noch geschieht, als „Ballast“ in den Hintergrund gedrängt werden dürfen. Diese Einsichten, die noch der Vertiefung bedürfen, werden sicher dazu beitragen, strukturelle Hindernisse in den Entwicklungsländern selbst klarer zu erkennen und rascher zu beseitigen.

Diese Beispiele zeigen, daß unter den Auspizien des Wirtschafts- und Sozialrates eine einzigartige Pionierarbeit geleistet wird, deren Wirkung aber nicht zuletzt davon abhängt, wie rasch oder wie langsam sich die Staaten bereit finden, die notwendigen praktischen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Einstimmig (!) hat der Wirtschafts- und Sozialrat eine Entschließung gebilligt, in welcher er die Regierungen der Industriestaaten beschwört, ihre äußerst protektionistische Landwirtschaftspolitik, welche die Entwicklungsländer schwer schädigt, zu lockern. Mancher Regierung fällt es offenbar leichter, Millionen oder gar Milliarden für Entwicklungshilfe auszugeben, anstatt den aufstrebenden Staaten zu ermöglichen, einen größeren Teil der für den Aufbau benötigten Mittel durch vermehrten Export selbst zu verdienen ...

Eine wahre Leidensgeschichte erlebt der noch nicht geborene Investitionsfonds der Vereinten Nationen, der seit vielen Jahren von den unterentwickelten Ländern gefordert wird. Die letzte Generalversammlung beschloß, daß „im Prinzip“ ein Investitionsfonds zu schaffen sei. Zu diesem Zweck wurde ein Ausschuß eingesetzt, der die Satzungen dieses Fonds ausarbeiten sollte. Der Ausschuß arbeitete denn auch tatsächlich zwölf Grundsätze aus, aber die Vertreter der kapitalstarken Länder erklärten, nicht bereit zu sein, den Fonds zu finanzieren! Auch im Wirtschafts- und Sozialrat beharrten sie auf ihrem negativen Standpunkt, so daß das unerledigte Geschäft wieder an die Generalversammlung geht. Die Enttäuschung bei den Entwicklungsländern ist so groß wie die Genugtuung im

sowjetischen Lager, das sich nun mit vollen Lungen für den Fonds einsetzt, da ja augenblicklich keine Gefahr besteht, die schönen Worte mit finanziellen Beiträgen untermauern zu müssen. Die Haltung des Westens ist in dieser Frage schlechthin unverständlich.

Dagegen besteht Aussicht, daß endlich eine Verständigung über die Verwendung von landwirtschaftlichen Überschußgütern für die wirtschaftliche Entwicklungshilfe erzielt werden kann. Die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) hat dem Rat einen detaillierten Plan vorgelegt, der vorsieht, daß landwirtschaftliche Überschußgüter durch Vermittlung der FAO außerhalb des kommerziellen Warenverkehrs hilfesuchenden Regierungen zur Verfügung gestellt werden können. Dabei wird in erster Linie daran gedacht, daß diese Lebensmittel als Naturalentschädigungen direkt zur Finanzierung arbeitsintensiver Großprojekte verwendet werden können. Ferner sind auch die unentgeltliche Verteilung unter gewisse Bevölkerungsschichten, die Anlegung nationaler Ausgleichsreserven (zur Bekämpfung der Spekulation) und die Schaffung eines internationalen Notfonds für Fälle akuter Hungersnot vorgesehen. Vorerst soll mit einem Versuchsprogramm, das über Lebensmittel im Betrage von 100 Millionen Dollar verfügen würde, begonnen werden. Doch steht die endgültige Beschlußfassung der UNO-Generalversammlung zu. ■

Mit Anerkennung hat der Rat vom Vorschlag einer Expertengruppe Kenntnis genommen, der die Schaffung eines internationalen Ausgleichsfonds bezweckt, der die kurzfristigen Schwankungen der Rohstoffpreise im Interesse der Entwicklungsländer in einem gewissen Ausmaß kompensieren soll. Dieser interessante Vorschlag, der das Instrumentarium der internationalen Zusammenarbeit in wirksamer Weise ergänzen würde, hat aber noch einige Instanzen zu durchlaufen, bis er Aussicht hat, verwirklicht zu werden.

Die Programme technischer Zusammenarbeit (UN-Sonderfonds und Erweitertes Programm der technischen Hilfe) werden ständig ausgebaut und organisatorisch verbessert. Für das laufende Jahr haben sich die Regierungen verpflichtet, total rund 90 Millionen Dollar — ein in der Vergangenheit noch nie erreichter Betrag — aufzubringen. Allgemein scheint die Bereitschaft vorhanden zu sein, das Budget dieser Programme künftig bis auf 150 Millionen zu erhöhen.

Schließlich verdient auch noch der amerikanische Antrag Erwähnung, im Rahmen der technischen Zusammenarbeit sogenannte Freiwillige einzusetzen, die den hochqualifizierten (und teuren) Experten einfachere Aufgaben abnehmen könnten. Da der Einsatz von Freiwilligen davon abhängt, ob sie von den Entwicklungsländern angefordert werden, darf

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

nicht verschwiegen werden, daß in diesen Kreisen offenbar eine recht starke Skepsis noch nicht überwunden werden konnte. Jedenfalls ist kaum anzunehmen, daß durch den Einsatz von Freiwilligen die grundlegenden Probleme eine raschere Lösung finden werden. Die Generalversammlung wird zu diesem Projekt noch Stellung zu nehmen haben.

Trotz der überragenden Bedeutung aller Probleme, die mit der Entwicklungsförderung

zusammenhängen, darf aber nicht vergessen werden, daß der Rat auch auf anderen Gebieten — Menschenrechte, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Hilfe für Flüchtlinge und Kinder, Bekämpfung des Rauschgifthandels usw. — eine fruchtbare Tätigkeit entfaltet, die in der Öffentlichkeit nur sporadisch Beachtung findet, weil sie eben bereits zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist.

Bruno Kuster, Genf